

Brüssel, den 02 FEB. 2011  
K/2011/ 521 endgültig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

vielen Dank für die Stellungnahme des österreichischen Nationalrates vom 27. Oktober zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Europäische Kommission hat ihre Position zur Besteuerung des Finanzsektors in der Mitteilung {KOM(2010) 549 endgültig} vom 7. Oktober ausführlich erläutert. Aus ihrer Sicht könnte eine Finanztransaktionssteuer (FTT) auf weltweiter Ebene ein geeignetes Instrument sein; daher wird die Kommission diesbezügliche Beratungen im Rahmen der G-20 weiter unterstützen.

Auf der Ratstagung der Finanzminister vom 19. Oktober hat die Europäische Kommission zugesagt, die verschiedenen Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors, insbesondere die Option einer Finanzaktivitätssteuer (FAS), zu prüfen. Diese Steuer könnte maßgeblich dazu beigetragen, unser gemeinsames Ziel einer angemessenen Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Krise zu erreichen. Die Gefahr einer Verlagerung und Verzerrung vorhandener Handelstätigkeiten ist bei der Finanzaktivitätssteuer geringer als bei anderen Lösungsansätzen auf EU-Ebene.

Eine Folgenabschätzung der verschiedenen Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors wird derzeit durchgeführt und im Sommer 2011 vorliegen. Ausgehend von den Ergebnissen wird die Kommission über mögliche Rechtsetzungsinitiativen entscheiden. Bei der Folgenabschätzung geht es darum, Zielsetzung und Durchführbarkeit verschiedener Optionen, vor allem der FAS und der FTT, zu prüfen. Ebenfalls berücksichtigt wird die kumulative Wirkung neuer Regelungen und potenzieller Steuern im Finanzsektor. Da es sich um ein sehr komplexes Thema handelt und öffentliche Konsultationen erforderlich sind, wird die Folgenabschätzung wohl nicht bis März 2011 abgeschlossen werden können.

Darüber hinaus hat der Europäische Rat auf seiner Tagung im Juni erklärt, dass {die Mitgliedstaaten Systeme} „für von Finanzinstituten zu erhebende Abgaben und Steuern einführen sollten, damit für eine gerechte Lastenverteilung gesorgt wird und damit Anreize für eine Eindämmung der Systemrisiken geschaffen werden,“ und dass „diese Abgaben und Steuern Teil eines glaubwürdigen Rahmens für Rettungsmaßnahmen sein sollten.“ Hierzu wird in der Mitteilung der Kommission vom 20. Oktober 2010 „Ein neuer Rahmen für Krisenmanagement im Finanzsektor“ folgendes ausgeführt: „Die unter den Krisenbewältigungsrahmen fallenden Banken würden in Ex-Ante-Fonds einzahlen, die durch Ex-Post-Finanzierungsvereinbarungen ergänzt würden, um die Verfügbarkeit der Finanzierungen unabhängig von der Größe des insolventen Instituts in jedem Fall sicherzustellen; über die Kapazität des Fonds hinausreichende Kosten

Frau Barbara Prammer  
Präsidentin des Nationalrates  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
A-1017 WIEN

würden anschließend vom Bankensektor zurückgeholt.“ Die Kommission wird im Laufe des Jahres Vorschläge unterbreiten, die sich an diesen Vorgaben orientieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Ernst Glatz". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping underline.